

Auf dem Weg zur kommunalen Schule

Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem

Jens Wernicke

Vorbemerkungen zur Vermeidung von Missverständnissen:

1. Es gibt keine „Verschwörung“ und keinen „Masterplan“ zur Privatisierung des Schulwesens,
2. ...sehr wohl aber mächtige, indifferente und teils auch widersprüchliche (Verwertungs-)Interessen, die im Bildungsbereich Renditemöglichkeiten erschließen wollen.
3. Nicht jeder, der der Einrichtung von Schulvorständen oder der Etablierung rechtlicher Selbständigkeit von Schulen das Wort redet, zielt damit (bewusst) auf die Privatisierung des Schulsystems ab.

Gliederung

1. Teil: Gesellschaftlicher Kontext

1.1. Vom Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung...

1.2. ...zum Geschäftsmodell Bildung

2. Teil: Auf dem Weg zur Kommunalen Schule

1. Teil: Gesellschaftlicher Kontext

1.1. Vom Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung...

„Längst kritisieren auch bekannte Wirtschaftswissenschaftler wie Joseph Stiglitz, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, die "Auswüchse" des Neoliberalismus und beklagen die wachsende soziale Ungleichheit als dessen unerwünschtes Nebenprodukt.

Falsch, sagt David Harvey: Weshalb kommt diesen Leuten denn "nie der Gedanke, dass die soziale Ungleichheit womöglich von Anfang an der Zweck der ganzen Übung war"? Die neoliberale Wende, so Harvey, wurde in den 70er-Jahren zu dem alleinigen Zweck eingeleitet, die Klassenmacht einer gesellschaftlichen Elite wiederherzustellen, die befürchtete, dass ihre Privilegien nachhaltig beschnitten werden könnten.“

David Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Klappentext

Die Methode der Wahl heißt: „Akkumulation durch Enteignung.“

David Harvey: Der neue Imperialismus

Gemeint ist: Mit den zunehmend fallenden Profitraten in der Mitte der 1970er Jahre verändert sich zunehmend auch das Staatsverständnis, verändern sich die ökonomischen Theorien und verändert sich die Politik. In einer Art „dreidimensionaler Wende“ verwandeln sich Verwaltung, Politik und Ökonomie hin zu Liberalisierungsbefürwortung, Marktverherrlichung, Neuer Verwaltungssteuerung, Neoliberalismus. Der Staat soll nicht mehr die Menschen vor den Wirkungen der Profitlogik schützen, sondern erhält mehr und mehr die Aufgabe, dieser ungehindert Geltung zu verschaffen.

Zur Erklärung ein kleiner Text:

„Es war einmal... (ein makroökonomisches Gedankenspiel):

Nehmen wir einmal an, das Kapital wäre nach den Ölkrisen der 70er Jahre besorgt gewesen. Verunsichert von den damals aktuellen Diskussionen über Überproduktionskrisen, den ‚tendenziellen Fall der Profitrate‘ und die ökologischen, fossilen und ökonomischen ‚Grenzen des Wachstums‘ bekam es das Kapital doch etwas mit der Angst zu tun. Um sicherzugehen, dass dem Kapitalismus kein Zusammenbruch droht, wollte es sich beim bis dahin wissenschaftlich und wirtschaftspolitisch dominanten Keynesianismus erkundigen, welche Entwicklungen der Kapitalismus zukünftig nehmen werde.

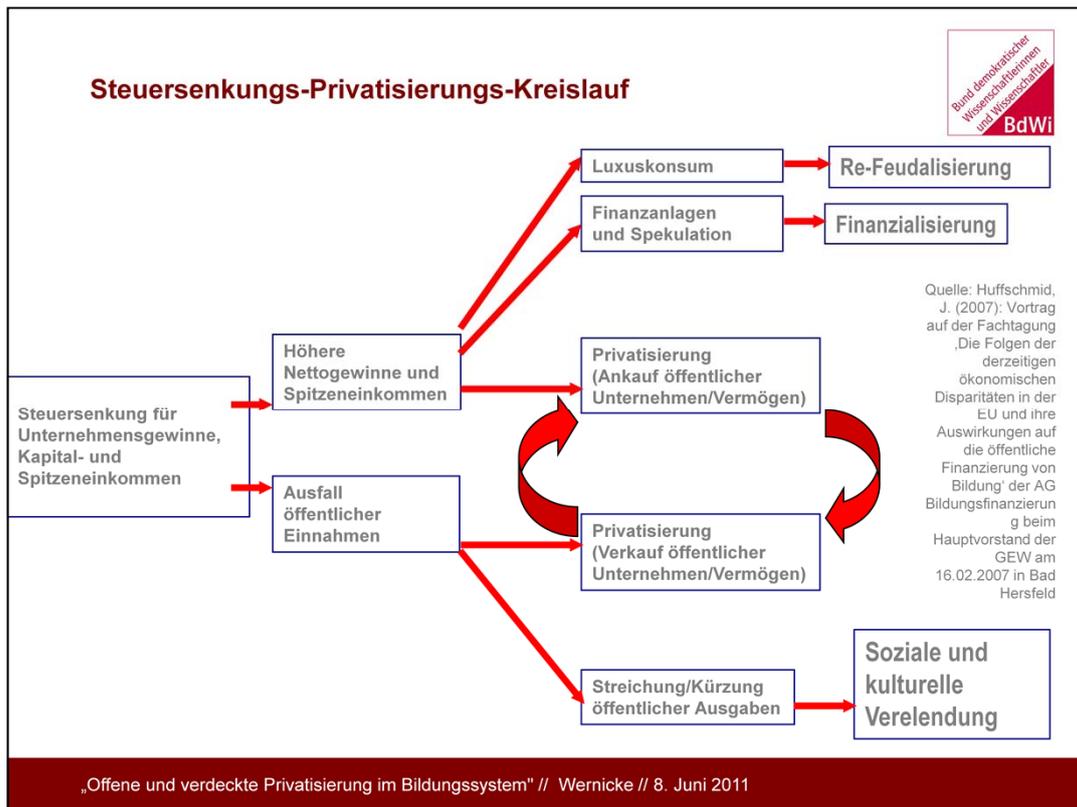
Es hatte auch nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder Auseinandersetzungen um die Verteilung der arbeitsteilig produzierten

Wertschöpfung gegeben. Aber mit den Konzepten des Keynesianismus war auch das Kapital gerade nach dem Zweiten Weltkrieg ganz gut zurechtgekommen [...]. Zum Entsetzen des Kapitals sprach der Keynesianismus aber nicht ausschließlich von Konjunkturzyklen, einem ‚immer weiter so‘ und einer Politik des ‚Deficit Spending‘, sondern von einer dritten, stark krisenhaften Phase der kapitalistischen Entwicklung, die jetzt anstehen würde. Prägend für diese Phase sei eine zunehmende Konsumsättigung in den Industrieländern [...]. Um das Wohlstands- und Beschäftigungsniveau zu halten, plädierte der Keynesianismus zwar nicht für die Revolution und die Enteignung des Kapitals. Er empfahl aber eine ‚Ausweitung der öffentlichen Leistungen‘, eine ‚Stimulierung ‚vernünftigen‘ Konsums‘ und eine ‚schrittweise‘ Reduzierung der Arbeitszeit [...].

Alle drei Vorschläge haben starke verteilungspolitische Konsequenzen. [...] Löhne müssten steigen und Arbeit müsste gleichmäßiger verteilt werden.

Erschrocken wandte sich das Kapital ab und fand in den ökonomischen Theorien der Neoklassik und des Neoliberalismus theoretische Verbündete. Sie versprachen durch die Umsetzung ihrer Thesen auch weiterhin ungestörte Profitakkumulation. Aus dem System selbst hervorgehende Wachstumskrisen waren der neoliberalen Theorie zu Folge [...] nicht vorgesehen. Wenn Krisen auftreten würden, läge es an exogenen Störungen der Märkte. Da sich jedes Angebot seine Nachfrage schaffen würde [...], sollte sich der Wohlfahrtsstaat auf die Gewährleistung von Sicherheit für die Märkte zurückziehen. Durch den schlanken Staat würden nicht nur die belastenden Kosten für Unternehmen sinken [...], sondern neue Profittfelder in der täglichen Daseinsvorsorge der Menschen würden frei werden. Dazu zählen Felder wie Gesundheit, Rente und die Absicherung anderer Lebensrisiken – aber auch Bildung. [...] Der Neoliberalismus erklärte sozusagen den Wohlfahrtsstaat zum doppelten Feind und deutete den Sozialabbau für die Menschen positiv um: ‚Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen‘. [...] Da beschloss das Kapital, sich ab jetzt vollständig dem Neoliberalismus zuzuwenden und dieses Denken zu fördern und hegemonial werden zu lassen.“

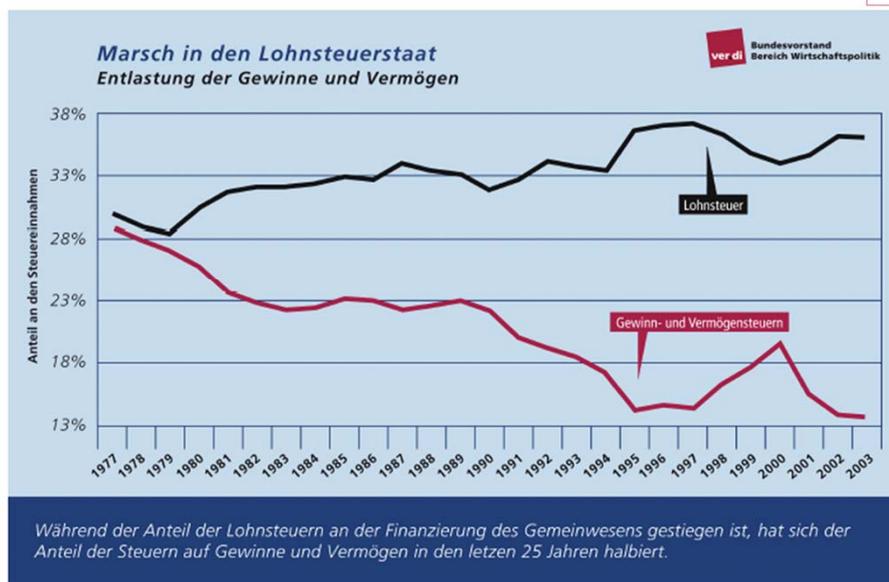
Quelle: Kaphegyi/Quaißer: Privatisierung von Bildung – Ursprung, Besonderheiten, Erscheinungsformen



Generell lassen sich zwei „große“ verschiedene Strategien/Tendenzen der Profitmaximierung erkennen:

1. Wird der Wohlfahrtsstaat mehr und mehr zurückgedrängt, die „freiwerdenden“ Staatsgelder dann am besten den Wohlhabenden übereignet.
2. Die brachliegenden Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge werden von eben diesen hiernach in Besitz genommen.

Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben



Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben

Entwicklung von Nettolohnquote...



Quelle: Böckler Impuls 19/2008, S. 1

Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben

Unternehmen verdoppeln ihre Gewinne



* Kapitalgesellschaften im engeren (AG, GmbH u.ä.) und weiteren Sinn (oHG, KG u.ä.)

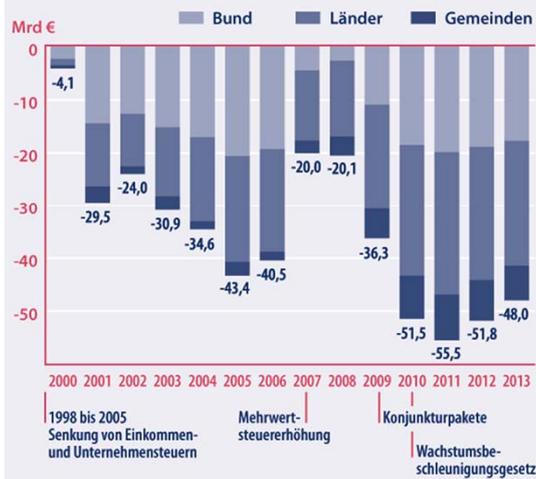
Quelle: Statistisches Bundesamt, Schäfer/WSI 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

Quelle: Böckler Impuls 19/2007, S. 1

Materielles Resultat: Staatsauszehrung und Sozialabbau

Einnahmeausfälle durch Steuerrechtsänderungen

Einnahmeausfälle seit 2000 für Bund, Länder und Gemeinden durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998



Quelle: Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
SONDERMEMORANDUM 2010

Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) in Relation zum BIP

1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
5,11	4,77	4,14	3,65	4,11	3,93	3,92	3,84	3,86	3,96	3,96	3,90	3,86	3,79	3,79	3,69

Quelle für 1975 bis 2005: BLK Bildungsfinanzbericht 2004/2005, Heft 137-II, vom Oktober 2006, S. 42

Quelle für 1995 bis 2008: Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2008, S. 83.

Öffentliche Bildungsausgaben 2008

Notwendige
Erhöhung **2008**

... um den Anteil
von **1975** zu erreichen

... um den Anteil
von **1995** zu erreichen

+ 35,3 Mrd.

+ 10,3 Mrd.

Öffentliche
Bildungsausgaben
in Euro **2008**

92,6 Mrd.

92,6 Mrd.

(entspricht
3,69 % des BIP)

Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

1.2. ...zum Geschäftsmodell Bildung

„Nach Schätzung des Bankhauses Merrill Lynch beträgt das Finanzvolumen des globalen Bildungsmarkts (der knowledge enterprise industry) rund 2.200 Mrd. US-Dollar jährlich.“

Ingrid Lohmann: Universität, neue Medien und der globale Bildungsmarkt. Wie Bildungsprozesse in Eigentumsoperationen mit Wissen transformiert werden

„Wer im internationalen Bildungswettbewerb Erfolg haben will, muss zu einem fundamentalen bildungspolitischen Richtungswechsel bereit sein. Es gilt, das Bildungssystem in die Freiheit zu entlassen. Markt muss den Staat ersetzen. Mehr Markt ist nicht das Ende der staatlichen Bildungspolitik. Es ist aber der Anfang von mehr Wettbewerb und mehr Selbstbestimmung.“

„Ein modernes Bildungssystem braucht nicht mehr staatliches Geld, sondern die Erlaubnis, Strukturen selbständig zu wählen und eigene Wege der Finanzierung zu gehen. Das heißt nicht, dass sich der Staat aus der Bildungspolitik zurückziehen soll. Im Gegenteil: Weil „mehr Bildung für alle“ eben „mehr Wachstum für alle“ bedeutet, ist es richtig, daß Steuergelder mit im Spiel bleiben.“

„Der Staat soll weiterhin mit direkten Finanzhilfen Gerechtigkeitsziele erfüllen, Chancengleichheit schaffen und private Bildungsinvestitionen anregen. Er soll jedoch diese Ziele nicht über die Angebotsseite und staatliche Bildungseinrichtungen anpeilen. Besser, er stärkt die Nachfrageseite und unterstützt direkt finanziell schwache Studierende und erfolgreiche Forscher/innen.“

**Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts,
am 10. September 2006 in der FAZ**

„Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem“ // Wernicke // 8. Juni 2011

Es zeigt sich: Bildung wird zunehmend nur noch als Humankapital definiert. Auch das eine so genannte „wissenschaftliche Theorie“, die seit den 70ern massiv gefördert wurde, Teil der „dreidimensionalen Wende“ ist und vor allem dazu dient, Bildung da nun „Investition“ mit Gebühren belegen zu können. Immerhin, so die Theorie, führe deren Erwerb ja später zu einem „Return on investment“.

System der Bildungsfinanzierung: Geplante Verfassung



	Finanzierung des Individuums: Lebensunterhalt und Arbeitsmittel	Finanzierung der Institution (Bildungseinrichtung)
Elementarbereich • Kindergärten • Kindertageseinrichtungen	Staat (Familienlastenausgleich) und Eltern	Staat Eltern
Primarbereich • Grundschulen	Staat (Familienlastenausgleich) und Eltern	Staat
Sekundarbereich I • Orientierungsstufen • Hauptschulen • Realschulen • Gesamtschulen bis Kl. 10 • Gymnasien bis Kl. 10	Staat (Familienlastenausgleich) und Eltern	Staat
Sekundarbereich II • Berufsausbildung im dualen System • Berufsfachschulen • Fachoberschulen • Berufsoberschulen • Gymnasiale Oberstufen	Staat (Familienlastenausgleich und Ausbildungsförderung) und Unternehmen und Auszubildende/Eltern	Staat Unternehmen Auszubildende/Eltern 90%
Tertiärer Bereich • Universitäten • Fachhochschulen • Kunst- und Musikhochschulen • Gesamthochschulen • Pädagogische Hochschulen • Berufsakademien	Staat (Familienlastenausgleich und Ausbildungsförderung) und Auszubildende/Eltern	Staat 70%
Quartärer Bereich (Weiterbildung) • Fachschulen • Abendgymnasien, Kollegs • Meisterfortbildung • Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses • Sonstige Formen der Weiterbildung	Staat und Auszubildende und Unternehmen	Staat Auszubildende Unternehmen
<p>In den hellgrau schattierten Bereichen soll die bisherige individuelle Kostenfreiheit aufgehoben werden, sobald dort Marktbedingungen bestehen. In den dunkelgrau schattierten Bereichen soll die bisherige individuelle Kostenfreiheit auf die angegebenen Prozentwerte reduziert werden.</p>		

Quelle: Schöller, O. (2006): Bildung geht stiften. Zur Rolle von Think Thanks in der Wissensgesellschaft, in: Bittlingmayer, U. H./ Bauer, U. (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“. Mythos, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden: VS Verlag, S. 285 – 320

„Around the world, forms of privatization are being introduced into our public education systems. Many of the changes are the result of deliberate policy, often under the banner of ‘educational reform’ and their impact can be far-reaching, for the education of students, for equity, for the conditions of teachers and other educational personnel. Other changes may be introduced un-announced: changes in the way schools are run which may be presented as ‘keeping up with the times’, but in reality reflect an increasingly market-based, competitive and consumerist orientation in our societies.

In both cases, the trend towards privatization of public education is hidden. It is camouflaged by the language of ‘educational reform’, or introduced stealthily as ‘modernization’.“

**Ball, S./Youdell, D. (2008):
Hidden Privatisation in Public Education, S. 3**

“The ‘market form’ is the key device of hidden privatisation in education.”

**Ball, S./Youdell, D. (2008):
Hidden Privatisation in Public Education, S. 18**

„The ‚flexibilisation‘ of teachers work is a key component of most versions of privatisation, threatening to alter both the perception of teachers within society and the quality of students‘ experience in schools.“

**Ball, S./Youdell, D. (2008):
Hidden Privatisation in Public Education, S. 10**

„Marktform“ und „Flexibilisierung (und Deregulierung) der Lehrerarbeitsverhältnisse“ führen beide zu einem: Der Realisierung eines grundlegend anderen Verständnisses von Bildung, das diese nicht mehr in Kooperation, sondern vollends in Wettbewerb und Konkurrenz fundiert, zudem aber auch, und das ist wichtig, zu einer „Marktbereitung“ für private Anbieter – wo alle dem gleichen Wettbewerb ausgesetzt und den gleichen Regeln unterstellt sind, verbessert sich die Position privater Anbieter massiv.

Mehrdimensionale Privatisierungsanalyse (Privatisierung als zweidimensionales Kontinuum)

1. Exogene Privatisierung



- Ersetzen von Staats- durch Privatschulen und -hochschulen (Trägerschaft wird an Stiftungen, gemeinnützige Vereine, Unternehmen o.a. übertragen)
- Ersetzen einzelner (An-)Teile des staatlichen Bildungsangebots durch ein privates, bspw. schlechter werdende schulische Bildung durch privaten Nachhilfeunterricht (Schule allein reicht nicht mehr aus)
- Privatisierung von Schulaufsicht, Schulverwaltung, Lehrerbildung etc. mit oder ohne Public-Private-Partnership (PPP)
- Bildungspolitik selbst wird privatisiert (Inanspruchnahme externer Beratung, Forschung, Evaluation etc.: Bildungsmonitor der INSM usw.)
- Definitionsgewalt darüber, was „Bildung“ ist, wird Privaten überantwortet (PISA, Sponsoring von Lehrbüchern etc. pp.)

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education

„Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem“ // Wernicke // 8. Juni 2011

Beispiele:

1. Die Zahl der Privatschulen ist in den letzten 15 Jahren um rund 50 Prozent gestiegen.
2. Allein auf dem deutschen „Nachhilfemarkt“ werden pro Jahr rund 1,5 Milliarden Umsatz gemacht.
3. Die PISA-Studie entleert den Bildungsbegriff und privatisiert ihn somit, da sie dessen Inhalt der Testindustrie überantwortet:

„Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die PISA-Tests mit ihrem Verzicht auf transnationale curriculare Validität (...) und der Konzentration auf die Erfassung von Basiskompetenzen ein didaktisches und bildungstheoretisches Konzept mit sich führen, das *normativ* ist.“

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen 2001, S. 19

„Schüler sollen nach PISA *nicht* lernen, nach dem Sinn des Lernens zu fragen, sondern sie sollen Aufgaben lösen, gleichgültig welche. Der von PISA als kompetent Geprüfte soll später einmal ebenso Babynahrung produzieren können wie Landminen. Angesichts der Kriterien von PISA (und einer auf PISA ausgerichteten Schule) sind beide Aufgaben gleich

gültig. Und sie bedürfen der gleichen Kompetenzen.“

**Volker Ladenthin: PISA und Bildung? Volker Ladenthin
im Interview mit Rolf-Michael Simon, Neue Ruhr Zeitung vom 18.11.2007**

4. Frage: Wie viel Prozent aller Hochschulen in Deutschland, also Universitäten und Fachhochschulen, sind wohl aktuell bereits in privater Hand? Es sind rund 24,9 Prozent! 24,9 Prozent aller Hochschulen in Deutschland gehören Aktiengesellschaften, GmbHs oder Stiftungen. – Quelle: Kaphegyi/Quaißer: Privatisierung von Bildung – Ursprung, Besonderheiten, Erscheinungsformen

Beispiel OECD-Strategie



„Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko. Wenn Mittel für laufende Kosten gekürzt werden, dann sollte die Quantität der Dienstleistung nicht reduziert werden, auch wenn die Qualität darunter leidet. Beispielsweise lassen sich *Haushaltsmittel für Schulen und Universitäten kürzen*, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Studierenden zu beschränken. Familien reagieren gewaltsam, wenn ihren Kindern der Zugang verweigert wird, aber nicht auf eine allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung, und so kann die Schule immer mehr dazu übergehen, *für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen oder bestimmte Tätigkeiten ganz einstellen*. Dabei sollte nur nach und nach so vorgegangen werden, z. B. in einer Schule, aber nicht in der benachbarten Einrichtung, um jede allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung zu vermeiden.“

Quelle: OECD (1996): The Political Feasibility of Adjustment. Policy Brief No. 13

2. Endogene Privatisierung

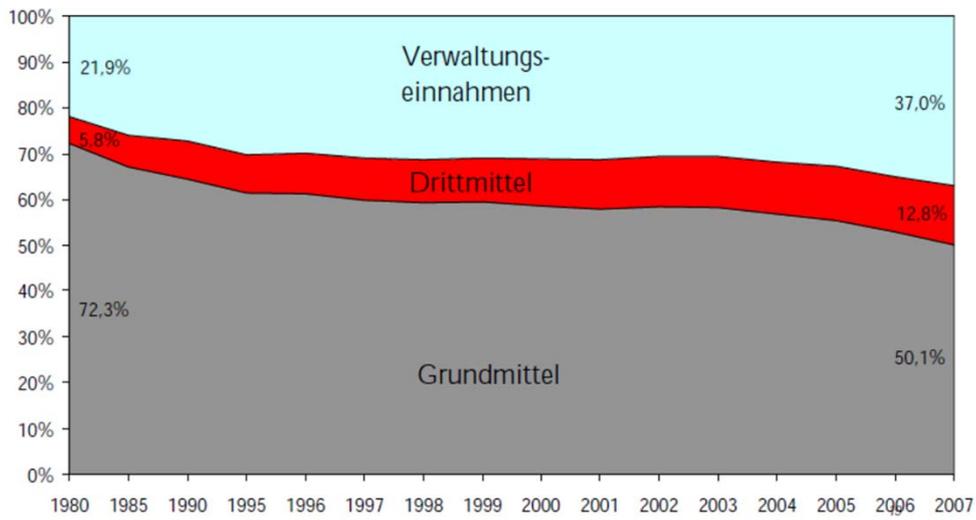
- stl. Bildungseinrichtungen werden ausgezehrt, Drittmittelakquise wird legalisiert
- staatliche Bildungseinrichtungen werden zu Unternehmen in gebaut und anhand betriebswirtschaftlicher Kriterien organisiert (NPM etc.):
 - Ziel- und Leistungsvereinbarung (Leistung bspw.: Berufsschüler finden gleich Arbeitsplatz), Globalbudgets, eigenes Personalverantwortung, Schulmanager und -vorstände, „Customer“ Orientierung, Schulprofile werden installiert
 - so genanntes „Marktsmanagement“ wird installiert, wobei Qualität „Effizienz bei der Erfüllung quantitativer Kriterien“ umschreibt
- Markt, Wettbewerb, Konkurrenz werden unter ihnen erzwungen
- Markteintrittshürden werden beseitigt:
 - Standards werden dereguliert (Wissensstände, Klassengrößen, Gehälter, Pausenregelungen, Arbeitsschutz, Lehr- und Lernformen), Staat kontrolliert nur noch Kompetenz-„Output“
 - Lehrer werden von Landesbeamten auf Lebenszeit zu Kommunal- oder Schulangestellten mit befristeten Verträgen
 - Mittelzuweisung an Schulen/Lehrer erfolgt „erfolgs-“ bzw. „leistungsorientiert“ und/oder Finanzierung von Staats- und Privatschulen wird angeglichen
 - freie Schulwahl und Schulgutscheine werden eingeführt (Quasimarkt ist geöffnet!)

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education

Endogene Privatisierung bewirkt:

- Selbstverwaltung des qua Unterfinanzierung bestehenden Mangels durch die Bildungseinrichtungen selbst; vermeintliche Unverantwortlichkeit der Politik („Autonomie“ der Einrichtungen);
- BürgerInnen werden für die Institutionen zu KundInnen;
- Bildung wird zur Ware bzw. zum Produkt („Outputorientierung“);
- zunehmendes Einsickern externer Interessen ins Bildungssystem (Marktorientierung, Drittmittelabhängigkeit, Akkreditierung, Hochschulräte, Schulvorstände etc.);
- Markt für Evaluations- und Zertifizierungsdienstleistungen wird geschaffen (SEIS, PISA etc.);
- bessere Wettbewerbsbedingungen für private Bildungsanbieter;
- Institution ist „übernahmefähig“.

Beispiel Hochschulfinanzierung



Quelle: Gunter Quaißer und Klemens Himpele: Ökonomische Rahmenbedingungen und Hochschulfinanzierung, 2010

Beispiel Hochschulräte



DIE LINKE kritisiert wachsende Bedeutung der Hochschulräte – Wirtschaftsvertreter zu stark vertreten

Geschrieben am 10. Mai 2010

Hannover. DIE LINKE im Landtag hat die Zusammensetzung der Hochschulräte als zu einseitig kritisiert. Die Räte seien zu stark mit Wirtschaftsvertretern besetzt. Fast die Hälfte der 95 frei wählbaren Ratsmitglieder komme von der Arbeitgeberseite, lediglich eines, und zwar an der Universität Oldenburg, aus einer Gewerkschaft. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor.

Victor Perli, der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion, erklärte dazu: „Die Hochschulräte haben durch die Wissenschaftsminister Thomas Oppermann

Beispiel Verwaltungsmodernisierung



Hessische Staatskanzlei



hessen.de | Inha



- Startseite
- Ministerpräsident
- Über uns
- Hessen in Berlin
- Presseervice
- Kongresse und Initiativen

Kongresse und Initiativen

- Nachhaltiges Hessen
- Demographie
- Ehrenamt
- Verwaltungsmodernisierung
 - Privatisierung
 - Universitätsklinikum Gießen und Marburg
 - Public Private Partnership
 - Landesinterne Fortbildung
 - Beteiligungen des Landes
 - Gefängnisse (Teilprivatisierung)
 - Straßenmeistereien
 - Neue Landesbetriebe
 - Bürokratieabbau
 - E-Government
 - Bündelung & Delegation
 - Neue Verwaltungssteuerung
 - Personalmanagement
 - Publikationen
 - Erfahrung hat Zukunft 2007
 - Nanotech-Konferenz 2008

Kongresse und Initiativen > Verwaltungsmodernisierung > Privatisierung

Aufgabenabbau, Privatisierung

Der Abbau bzw. die Privatisierung staatlicher Aufgaben ist eines der wichtigsten Ziele der Verwaltungsreform. Jede staatliche Leistung soll auf ihre Notwendigkeit und ihre Privatisierungsfähigkeit hin überprüft werden. Bisher von Behörden ausgeführte Leistungen wie Vermessungen können zum Beispiel von öffentlich bestellten Sachverständigen erledigt werden oder Unternehmen können anstelle staatlicher Behörden Aufträge übernehmen. Voraussetzung dafür ist, dass der Privatisierung keine rechtlichen Vorgaben entgegenstehen sowie die privaten Unternehmen die hinsichtlich Umfang und Qualität definierten Leistungen zu günstigeren Kosten erbringen können, als dies im Zuge der verwaltungsinternen Leistungserbringung der Fall wäre.

Die Umsetzung

Alle Aufgabenbereiche der Hessischen Landesverwaltung sollen grundsätzlich auf ihre Notwendigkeit und ihr Privatisierungspotenzial hin überprüft werden.

Zunächst muss dabei festgestellt werden, welche Aufgaben privatisierungsfähig sind. Wenn ein Verwaltungsbereich grundsätzlich als privatisierungsfähig eingestuft worden ist, werden die konkreten Möglichkeiten überprüft - meist von eigens dafür eingerichteten Projektgruppen, die federführend von einem oder mehreren Ministerien betreut werden.

Für einige Bereiche liegen bereits konkrete Ergebnisse vor, bei anderen ist die Einstufungs- und Überprüfungsphase noch nicht abgeschlossen, so dass auch noch nicht klar ist, ob und in welchem Umfang dort staatliche Aufgaben privatisiert werden. Dort, wo rechtliche Hindernisse einer Privatisierung entgegenstehen, wurden teilweise Gesetzesänderungen auf Landes- oder Bundesebene in die Wege geleitet.

Ansprechpartner:
Hessische Staatskanzlei
[Dr. Wolf-Henner Smetheke](#)

„Der Abbau bzw. die Privatisierung staatlicher Aufgaben ist eines der wichtigsten Ziele der Verwaltungsreform. Jede staatliche Leistung soll auf ihre Notwendigkeit und ihre Privatisierungsfähigkeit hin überprüft werden.“

„Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem“ // Wernicke // 8. Juni 2011

Beispiel Markt- statt staatlicher Steuerung



Pädagogische Werte	Marktwerte
individuelle Bedürfnisse von Schule und Schüler	individuelle Leistung von Schule und Schüler
Gemeinsamkeit (heterogene Klassen, offener Zugang, Inklusion)	Ausdifferenzierung und Hierarchisierung (Lernbedingungen, Leistungsklassen, selektiver Zugang, Exklusion)
dient dem Gemeinwohl	ist attraktiv für „Abnehmer“ und „Kunden“
Ressourcenallokation schwerpunktmäßig bei den am meisten Hilfsbedürftigen	Ressourcenallokation schwerpunktmäßig bei jenen, die als besonders begabt erscheinen
Kollektivität (Kooperation zwischen Schulen und Schülern)	Konkurrenz (zwischen Schulen und Schülern)
umfassende Wertschätzung aufgrund einer Vielzahl akademischer und sozialer Qualitäten	begrenzte Wertschätzung aufgrund des Erreichens von Leistungsindikatoren
die Bildung aller Kinder und Jugendlichen ist gleichermaßen wertvoll und wichtig	der Wert der Bildung von Kindern und Jugendlichen ist abhängig von entstehenden Kosten und späterem Nutzen

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education, S. 96

2. Teil: Auf dem Weg zur Kommunalen Schule

„Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem“ // Wernicke // 8. Juni 2011

Wichtig ist: Die ganze Debatte wird zum einen mit Heilsversprechen garniert – „alles wird besser“, „ein Bildungssystem, das nicht mehr sozial selektiv ist“, „Inklusion kann nur ‚vor Ort‘ stattfinden“ etc. -, so dass es gar nicht so einfach ist, die postulierten Ziele als Rechtfertigungsrhetorik zur Durchsetzung ganz anderer Dinge zu durchschauen. Um eben solche handelt es sich aber in der Regel sowie im hegemonialen Diskurs: Es wird das Blaue vom Himmel herunterversprochen. Schaut man sie die vorgeschlagenen Maßnahmen an, zielen jedoch fast alle auf das Gegenteil dessen, was eigentlich versprochen war. Am wichtigsten wohl: Eben weniger, nicht mehr demokratische Kontrolle von Bildungseinrichtungen.

Grundsätzliches



Es ist sinnvoll:

- Schulen zu demokratisieren und Schülern, Eltern und Lehrern und Schulträgern generell mehr Mitbestimmung zu ermöglichen – unter anderem in Bezug auf Personalentscheidungen;
- die Rechtsansprüche von Kindern, Jugendlichen und Eltern sowie Kommunen bzw. Schulträgern und Schulen gegenüber den Ländern und Landkreisen auszubauen und aufzuwerten;
- Transparenz für Entscheidungen an und über Schule herzustellen;
- Bildungsangebote vor Ort besser miteinander zu vernetzen und aufeinander abzustimmen;
- kommunale Bildungszuständigkeiten zu konzentrieren (1 Amt statt 4 oder 5);
- vor Ort AnsprechpartnerInnen und Beratungsangebote zu schaffen;
- LehrerInnen besser auszubilden, zu coachen etc. pp.

„Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem“ // Wernicke // 8. Juni 2011

Aufzuwertende Rechtsansprüche wären unter anderem:

- den Schulträgern ein grundsätzliches Recht auf Gründungen von IGSen im echten Ganztags und ohne Zwang zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung zu gewähren;
- den Schulträgern einen grundsätzlichen Anspruch auf bedarfsgerechte Landeszusweisungen (mindestens im Rahmen des Konnexitätsprinzips) zuzusprechen;
- Schulschließungen nur im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen sowie ggf. Eltern, Schülern und Lehrern vorzunehmen;
- Eltern - wie in Finnland - einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kleinstkinder in unmittelbarer Wohnortnähe zu gewähren usw. usf.;
- Schülern einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Beschulung bis zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife in unmittelbarer Wohnortnähe zu gewähren;
- die pädagogischen Freiheiten der Lehrer zu erweitern, sie bspw. auf Noten verzichten zu lassen etc.

Grundsätzliches



Nicht sinnvoll ist es hingegen:

- viel Mühe in die Unterstützung von Projekten einzubringen, die unter der Prämisse stehen, dass mit stagnierenden oder sogar sinkenden Mitteln die Qualität im Bildungssystem gesteigert werden könnte (in der Regel „Durchsetzungsrhetorik“ für andere Ziele);
- Schulen zu Betrieben umzubauen;
- Schulleiter als Unternehmensleiter einzusetzen;
- Schulen untereinander in Wettbewerb zu setzen (Marktsimulation);
- Schulen entsprechend der Nachfrage und/oder ihrer messbaren „Leistungen“ zu finanzieren;
- die pädagogischen Freiheiten durch betriebswirtschaftliche Steuerung, Leistungskennzahlen und Zielvereinbarungen sowie „Total Quality Management“, die allesamt Qualität in Effizienz umdefinieren, sukzessive abzuschaffen;
- Personalhoheit oder Schulaufsicht von der Landesebene weg zu verlagern.

„Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem“ // Wernicke // 8. Juni 2011

Personalhoheit oder Schulaufsicht von der Landesebene weg zu verlagern bedeutet: Deregulierung durch Dezentralisierung; Aufgabe des Grundgesetzauftrages der Sicherung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ durch horizontale Ausdifferenzierung des Schulsystems; Freigabe der Löhne sowie für „hire and fire“; eine der letzten Formen endogener Privatisierung.

Genese: Aktuelle Debatte

Weinheimer Initiative (2007): [Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung](#)

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2007): [Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunalen Bildungslandschaften](#)

Deutscher Städtetag (2007): [Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages](#) anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007

Hessischer Landkreistag (2008): [Strategiepapier des Hessischen Landkreistages zur Fortentwicklung des Schulwesens in Hessen für die 17. Wahlperiode des Hessischen Landtages \(2008 – 2013\)](#)

Dorothea Minderop (2008): [Regionale Bildungslandschaften](#)

Armin Lohmann (2009): Abschied von der zentralen Steuerung. Zur regionalen Gestaltung bildungsgerechter Lebensräume; in: PädF 3/2009, S. 104 – 108

Dorothea Minderop (2009): Bildungsregionen in Niedersachsen. Teil 2: Eine Idee findet Resonanz; in: SchVw NI 2/2010, S. 38 - 41

„Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem“ // Wernicke // 8. Juni 2011

Weinheimer Initiative wurde initiiert durch Freudenberg Stiftung, Weinheim.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist der Zusammenschluss der öffentlichen und freien Träger sozialer Arbeit, also von Städten, Landkreisen und Gemeinden sowie den Organisationen und Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege (AWO, DRK, Caritas, Diakonie, Paritätischer etc.). Vorangegangen war dem Papier unter anderem ein Forschungsprojekt mit der Deutschen Bank Stiftung unter dem Titel „Coole Schule: Lust statt Frust am Lernen“ (2002-2005).

Genese: Debatte allgemein

„Für die Zukunft unserer Kinder müssen Städte und Gemeinden die Zuständigkeiten und Ressourcen zur Gestaltung einer kommunalen Bildungslandschaft übertragen bekommen.“ Dies forderte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) Reiner Pröbß anlässlich des 12. Deutschen Jugendhilfetages in Osnabrück. Dazu gehöre dann konsequenter Weise auch eine weitgehende Kommunalisierung des Schulwesens, so Pröbß.“

[Pressemeldung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe \(AGJ\) vom 15.06.2004](#)

„Wenn sich das Modell bewährt, sollen bis 2018 alle allgemein bildenden Schulen in die vollständige Trägerschaft der Gemeinden, Städte und Kreise übergehen; auch bei berufsbildenden und Förderschulen sollen die Schulträger die Möglichkeit erhalten, sie vollständig zu übernehmen.“

[SPD Niedersachsen: Zukunft der Bildung. Beschluss des Landesvorstandes vom 3. Februar 2006](#)

Grundtenor

„Die Kommune ist die zentrale Plattform für die Bildung junger Menschen. Sie ist der Ort, an dem schulisches, soziales und emotionales Lernen und Bilden stattfindet. Deshalb muss die Steuerungsverantwortlichkeit für die Verzahnung der Träger, Einrichtungen und Angebote durch die Kommune wahrgenommen werden, weil nur sie den erforderlichen Rahmen zur optimalen Nutzung der örtlichen Ressourcen sicherstellen und verbindliche Kooperationsstrukturen herstellen kann.“

Deutscher Verein: Seite 2

„Nur, wenn diese [kommunalen] Lebenswelten in den Blick der Bildung genommen werden, wird es gelingen, den Automatismus zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu entkoppeln und eine Teilhabe an Bildung für möglichst alle Kinder und Jugendlichen optimal zu ermöglichen.“

Deutscher Verein: Seite 21

Es geht also um Demokratisierung und Chancengleichheit?

Methodenkontinuum

- **Dezentralisierung** der zu geringen Landesbudgets für den Schulbereich und deren Übertragung auf die Kommunen;
- „Weiterentwicklung der Kooperationskultur mit verbindlichen Kontrakten“ (Deutscher Verein: S. 3), also **Ziel- und Leistungsvereinbarungen** von oben nach unten sowie zwischen lokalen „Partnern“;
- ein „umfassendes **Bildungsmonitoring** als integriertes Berichtswesen“ (ebd.);
- eine „kontinuierliche **Evaluation**“ (ebd.);
- „die verstärkte Einbeziehung **ehrenamtlich Tätiger**“ (ebd.: 10);
- kommunale „Einflussmöglichkeiten auf [...] den Umgang mit den in erster Linie personellen Ressourcen“ (ebd.: 17), konkret also die „**Kommunalisierung der Dienstverhältnisse der Lehrer**“ (Hessischer Landkreistag: S. 3);
- eine **Anbindung der Bildungseinrichtungen an die Interessen der kommunalen Wirtschaft**, um die „Standortqualität“ (Deutscher Verein: 17) der Kommune zu erhöhen;
- das verbindliche **Einbeziehen der kommunalen Wirtschaft in die Bildungsplanung** selbst;
- Schulen eine „**eigene Rechtsfähigkeit** gegeben wird“ (Hessischer Landkreistag: 6);
- Schulen dazu zu bringen, „gezielte **Öffentlichkeitsarbeit**“ (Armin Lohmann (2009): S. 107) zur Werbung neuer Schülerinnen und Schüler respektive zur **Akquise von Drittmitteln** zu machen;
- Einrichtung „regionaler **Bildungsfonds**“ (ebd.) oder Bildungstiftungen

„Argumente“ I

„Erst wenn die Kommunen durch erweiterte Zuständigkeiten [...] über **inhaltliche** und personelle Gestaltungsmöglichkeiten verfügen, werden sie in die Lage versetzt, die systemimmanenten wie die **örtlichen Ressourcen** im Interesse der jungen Menschen [...] miteinander [zu] verbinden“ (Hessischer Landkreistag.: 18f.).

„Das Engagement der lokalen Wirtschaft dient zugleich der Sicherung und dem Ausbau der eigenen zukünftigen qualifizierten Mitarbeiterschaft. Diese **Investition in die eigene Zukunft** bildet die wirksame Basis für lokale und regionale Kooperation“ (Weinheimer Initiative: S. 10).

„Berufsbildende Schulen **übernehmen Qualifizierungsangebote** für Fachkräfte aus handwerklichen und mittelständischen Betrieben. Kommunen erkennen in der Kombination von Bildung und Wirtschaftsförderung einen Standortvorteil, der der Abwanderung entgegenwirkt“ (Armin Lohmann (2009): S. 104).

„Schulen werden langfristig nicht mehr ein **staatlich vorgegebenes Angebot** liefern können, das von der Lehrerauswahl bis zur Pausenregelung zentral gesteuert wird“ (ebd.: 105).

„Argumente“ II

„Demografie-politische Strategien [...] belegen, dass eine veränderte soziale Infrastruktur flexible Reaktionen erfordert, die immer mehr auf **Koordinations-, Bündelungs- und Moderationsfunktionen sowie Prozessmanagement und Impulsgebung** hinauslaufen [...]“ (ebd.).

„In nordrhein-westfälischen Verwaltungen [...] werden die Ressorts Kindertagesstätte, Schule und Jugend, Erwachsenenbildung mit der Abteilung regionale Wirtschaftsförderung zusammengeführt, um **Synergien für ökonomische und bildungspolitische Konzepte** zu erzielen“ (ebd.: 106).

„U.a. soll dazu das Bildungswesen ausgerichtet werden auf die veränderten sozialen gesellschaftlichen Strukturen, auf ein biografisches Bildungsverständnis und auf den **zukünftigen Fachkräftebedarf der regionalen Wirtschaft**“ (Dorothea Minderop (2009): S. 40f.).

„Es gibt Überlegungen, das Projekt ‚Brückenjahr‘ seitens des Kreises auf alle Grundschulen auszuweiten und zu einer **Kooperation von Schulen z.B. mit Dau-Chemical** zur Problematik ‚Naturwissenschaft und Mathematik in Unterricht und Praxis‘“ (Dorothea Minderop (2008): S. 4).

„Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem“ // Wernicke // 8. Juni 2011

„Argumente“ III

Schluss mit dem Anspruchsdenken!

„Technische Vorgaben für die Ausstattung von Schulgebäuden in Deutschland müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Wer sich im europäischen Ausland umschaute, wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich Deutschland **maximale Ausstattungsstandards** leistet, bei inhaltlichen Leistungsvergleichen, wie der PISA-Studie aber schlecht abschneidet. In Deutschland muss möglich sein, was in vielen europäischen Ländern Realität ist: Schuleinrichtungen müssen zwar sicher sein, Kindern und Jugendlichen kann jedoch **das allgemeine Lebensrisiko**, das sie auch außerhalb der Schule betrifft, nicht abgenommen werden“ (Hessischer Landkreistag: S. 7).

„Vorbild“ Bayern: Zurückdrängen des Staates

„Mehrere bayerische Großstädte und einige kommunale Zweckverbände unterhalten bekanntlich berufliche Schulen in eigener Trägerschaft. Dieses kommunale Schulwesen verfügt über eine lange Tradition, teils zurück reichend bis auf den legendären Münchner Stadtschulrat Kerschensteiner, und es bereichert unzweifelhaft die bayerische Schullandschaft. Die sich seit einigen Jahren zunehmend verschärfende Finanznot der Kommunen führt nun zu immer stärkeren und in Zukunft sogar drastischen Einschnitten, zu massiven Kürzungen von Eingangsklassen insbesondere bei den weiterführenden beruflichen Schulen [...].“

[VLB-Akzente 03-04/2003: Dr. Siegfried Hummelsberger: Kommunale Schulen vor dem Kollaps?](#)

„Vorbild“ Bayern: Übernahme der brachliegenden Bereiche

„Gute Nachrichten aus München: Der Übernahme des bislang städtischen Mozart-Schönborn-Gymnasiums durch die evangelische Kirche steht nichts mehr im Wege. Jetzt haben Finanzminister Georg Fahrenschon und Kultusminister Ludwig Spaenle grünes Licht gegeben [...]“

[Mainpost vom 15. Dezember 2010: Mozart-Schönborn-Gymnasium: Freistaat stimmt Privatisierung zu](#)

„Kreis Aschaffenburg: Der Landkreis steigt in Gespräche mit der gemeinnützigen Caritas Schulen GmbH ein, die sich für eine Übernahme der Trägerschaft der Aschaffener Fachakademie für Sozialpädagogik interessiert.“ „Nicht möglich sei jedoch eine Verstaatlichung der Fachakademie. Dann hätten rund 300 weitere Schulen in Bayern ebenfalls das Anrecht darauf, und das sei »für den Freistaat im Moment nicht tragbar«. Obwohl der Freistaat auch bei Privatschulen das Geld aus seiner Kasse zuschießt, sieht Ludwig Unger einen klaren Unterschied: Es gehe um die Gesamtverantwortung. Finanziell sei eine Differenz etwa bei den Verwaltungskosten gegeben.“

[Main-Netz vom 6. Mai 2011: Caritas will die Fachakademie](#)

[Main-Netz vom 11. Mai 2011: Caritas sagt Schulgeldfreiheit zu](#)

Aktuelles aus Hessen

- CDU und FDP meinen: Die (vermeintlich) „Selbstständige Schule“ braucht kaum mehr Aufsicht, sie ist für alles selbst verantwortlich und hat auch alles zu verantworten. 9 von 15 Staatlichen Schulämtern sollen daher dicht gemacht werden.
- Die Grünen meinen: Kommunalisierung statt Schließung! Spart genauso viel, erhöht aber die Qualität! „„Es gibt selbstverständlich keinen Grund in der Bildungsverwaltung auch nur einen Cent ineffektiv auszugeben. [...] Mit unserem Vorschlag gelingt beides: Wir machen die Strukturen einfacher und effektiver und bieten den Schulen eine bessere Unterstützung. [...] Nicht zuletzt ist unser Vorschlag auch eine Stärkung der Kommunen bei der Schaffung kommunaler Bildungslandschaften.“
- SPD: „Sinnvolle Kehrtwende“, Kommunalisieren statt Kürzen.
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU): "Wir finden das Reformkonzept [der Grünen] in vielen Punkten interessant und diskussionswürdig und prüfen es nun im Detail. Auf den ersten Blick können wir sagen: Es entspricht in weiten Teilen dem Reformkonzept der VhU [...]."

„Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem“ // Wernicke // 8. Juni 2011

Intro:

Für 4 von 5 Landtagsfraktionen ist die Haushaltskonsolidierung oberstes Gebot. 4 von 5 Fraktionen haben mittels einer manipulativen Volksabstimmung eine Schuldenbremse in die Verfassung aufnehmen lassen.

Um das „strukturelle Defizit“ abzubauen, sollen bis 2020 nun knapp 1,8 Milliarden im Haushalt gekürzt werden.

(Quelle:

[http://www.vhu.de/vhu/VhUHomepage.nsf/\\$SysDokumente/5769DCFBE3A2BFA9C125771100427DD3/\\$FILE/10-04-23_Positionspapier_f%C3%BCr_MdL-Defizitabbau_im_Landeshaushalt.pdf](http://www.vhu.de/vhu/VhUHomepage.nsf/$SysDokumente/5769DCFBE3A2BFA9C125771100427DD3/$FILE/10-04-23_Positionspapier_f%C3%BCr_MdL-Defizitabbau_im_Landeshaushalt.pdf), Seite 9 f.)

Auch der Bildungsbereich ist massiv bedroht: 2011 sind 45, 2012 sollen bereits 68,3 Millionen allein im Schulbereich eingespart werden.

Extro:

Die GEW Hessen kritisierte die Vorschläge der Grünen: Sie schafften mehr Probleme und nicht weniger, sagte der Landesvorsitzende Jochen Nagel. Die Kommunalisierung der Schulaufsicht würde seiner Ansicht nach zu einem weiteren Auseinanderdriften der Schulen führen. Ein Schulwechsel beispielsweise werde dadurch auch innerhalb des Landes immer schwieriger, erklärte Nagel. „Die Sicherstellung gleicher Chancen für alle, wie sie die GEW seit Jahrzehnten fordert, ist mit einer dezentralen Aufsicht, die sich der Verantwortung des Landes entzieht, überhaupt nicht realisierbar“, stellte Nagel fest.

Resümee

Kommunale Schule | Bildungslandschaft sind **Durchsetzungsinstrumente** für die „**nächste**“ **Stufe endogener Privatisierung**. Beide Maßnahmen zielen immanent auf die Abschaffung von **Markteintrittshürden** und **Öffnung des bisher geschützten Marktes** für Private ab:

Prämissen:

- Da kein Geld da ist, muss Qualitätssteigerung mittels „Modernisierung“, „Synergieeffekten“ und „Drittmitteln“ erzielt werden.
- Markt, Wettbewerb, Konkurrenz werden als gemeinsame Grundlage staatlicher und privater Bildungseinrichtungen akzeptiert.

Daher:

- Dezentralisierung der Verantwortung für Bildung und somit Deregulierung von (auch Wissens- und Organisations-)Standards
- Lehrer von Landesbeamten auf Lebenszeit zu Kommunal- oder Schulangestellten mit befristeten Verträgen machen
- freie Schulwahl und Bildungsgutscheine einführen (latent)
- Schulträgerschaft auf Stiftungen o.ä. übertragen (latent)

Literaturempfehlungen



Bultmann, T./Schöller, O. (2003): Die Zukunft des Bildungssystems: Lernen auf Abruf – eigenverantwortlich und lebenslänglich! Oder: die langfristige Entwicklung und politische Implementierung eines postindustriellen Bildungsparadigmas, in: PROKLA 131, Juni 2003, S. 331 – 354

Wernicke, J./Brodowski, M./Herwig, R. (Hrsg.) (2005): Denkanstöße. Wider die neoliberale Zurichtung von Bildung, Hochschule und Wissenschaft, Münster: Lit-Verlag

Schöller, O. (2006): Bildung geht stiften. Zur Rolle von Think Thanks in der Wissensgesellschaft, in: Bittlingmayer, U. H./Bauer, U. (Hrsg.): Die ‚Wissensgesellschaft‘. Mythos, Ideologie oder Realität?, Wiesbaden: VS Verlag, S. 285 – 320

Harvey, D. (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich: Rotpunktverlag

Jahnke, T./Meyerhöfer, W. (2007): PISA & Co. Kritik eines Programms, Hildesheim/Berlin: Verlag Franzbecker

Krautz, J. (2007): Ware Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie, Kreuzlingen/München: Heinrich Hugendubel Verlag

Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education

ENDE